

STANDORTPOLITIK

MBI Mülheim an der Ruhr

Die auf dieser Internetseite bereitgestellten Informationen dienen zur Meinungsbildung zur Kommunalwahl in NRW 2014. Die Antworten auf unseren Fragenkatalog stellen ausschließlich die Meinung der jeweiligen Parteien dar. Die IHK macht sich Äußerungen oder Anschauungen der Parteien nicht zu Eigen.

MBI Vorwort: Mülheim hat 2 Riesenprobleme: Die größtenteils selbstverschuldete Haushaltskatastrophe und das Ruhrbania-Fiasko inkl. der auch damit zusammenhängenden schweren Innenstadtkrise. Durch den Absturz der RWE-Bilanzen werden Lösungsansätze für beide Probleme zusätzlich enorm schwierig, da Mülheim viel zu eng mit dem RWE verknüpft ist.

1. Kommunale Finanzen

Der Handlungs- und Gestaltungsspielraum bei den öffentlichen Finanzen hat sich in den letzten Jahren drastisch reduziert. Vor diesem Hintergrund werden häufig Forderungen nach weiteren Gewerbesteuererhöhungen gestellt. Und das, obwohl die Städte im IHK-Bezirk bereits mit der Höhe der Gewerbesteuerhebesätze im obersten Bereich des gesamten Bundesgebiets liegen.

Welche Maßnahmen zur Haushaltssanierung planen Sie? Welche Rolle wird dabei insbesondere die Gewerbesteuer spielen?

MBI: Der Gewerbesteuersatz darf nicht noch mehr erhöht werden, um keine Betriebe zur Abwanderung zu veranlassen. Deshalb haben die MBI bereits die letzten Erhöhungen strikt abgelehnt, so dass sie nicht ganz so stark wie zuerst geplant ausfielen. Der Haushalt der Stadt Mülheim ist völlig aus den Fugen, aufgrund des RWE-Absturzes droht sogar die bilanzielle Überschuldung, wenn die Stadt die realen Aktienwerte bilanzieren muss. Haushaltssanierung muss daher endlich allerobere Priorität erhalten. Als erstes muss ein ehrlicher Kassensturz durchgeführt werden, danach eine verbindliche Prioritätenliste für zukünftige Ausgaben erstellt werden. Die bisherige exzessive Ausgabenpolitik der letzten Jahre muss unverzüglich beendet werden, denn die Einnahmen werden auf absehbare Zeit eher noch weiter sinken. Der finanzielle Ruin fast aller Ruhrgebietsstädte kann zudem nur noch durch konsequente Nutzung aller Kooperationsmöglichkeiten inkl. von Fusionen mit den Nachbarstädten überhaupt in den Griff bekommen werden! Nicht jede Stadt braucht weiter eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft, eine Tourismusgesellschaft, ein oder mehrere eigene Prestigeprojekte, auch nicht jedes Schulangebot, jedes Amt usw..

Gewerbesteuern müssen endlich in der Region aufgeteilt werden. Selbstverständlich muss der Solidarpakt Ost bald abgeschafft und die Kommunalfinanzierung weiter verbessert werden. Doch Mülheim muss unabhängig davon die eigene Verschwendung deutlich reduzieren und viel seriöser haushalten! Im einzelnen bedeutet das,

- die Serie weiterer Luftschlösser, Prestigeprojekten u.v.m. schnellstens zu beenden: Keine zusätzlichen Ruhrbania-Baufelder (AOK, Gesundheitshaus usw.), Aufgabe Ruhrbania-Baulos 3 (u.a. Abriss Hochstr. Tourainer Ring), Ende der utopischen Hotelwünsche der MST-Chefin (z.B. statt der VHS), kein Luxusportplatz in Heißen, Ende der Träume eines Flughafenausbaus trotz des Schließungsbeschlusses usw..

- unverzüglich die Stadtpolitik konsequent in Richtung Ruhrstadt oder Teilmetropole Ruhr-West o.ä. umzuorientieren, d.h. auch Verschmelzung ganzer Teilbereiche mit den Nachbarstädten und Abgabe von Entscheidungskompetenzen z.B. an den RVR. Das muss sich auf viele Bereiche beziehen, die wichtigsten sind: Ein gemeinsamer ÖPNV mit fusionierter Verkehrsgesellschaft, eine einheitliche Gewerbesteuer, die nur an den RVR gezahlt wird, eine koordinierte Baulandausweisung mit zuvor festgelegten Tabuzonen (z.B. Regionale Grünzüge), Zusammenlegung und Arbeitsteilung von Behörden und städt. Gesellschaften der heutigen Teilstädte,

- die Aufstellung einer verbindlichen Prioritätenliste für zukünftige städtische Ausgaben, bei der die Gewährleistung der Daseinsvorsorge oberste Priorität aller Pflichtaufgaben haben muss. Verschwendungsorgien für Gutachteritis, Pöstchenhuberei, Hochglanzbroschüren u.v.m. werden die MBI weiterhin konsequent ablehnen und zu verhindern versuchen.

- Beendigung der Schattenhaushalte durch sukzessive Auflösung aller Ausgliederungen, städtischer und halbstädtischer GmbHs wie BHM, MVG, JSG, MST, M&B, MSD etc. und Rücküberführung in den Kernhaushalt bzw. in gemeinsame Bereiche mit Nachbarstädten.

- Unverzüglicher Stopp weiterer Umwegfinanzierungen über PPP oder PPP-ähnliche Konstruktionen wie bei Feuerwehr, Rathaus, Schulen, Medienhaus, Haus der Stadtgeschichte usw.. Und: Keine spekulativen Geschäfte der Stadt mehr mit Derivaten, swaps, Aktien u.ä. sowie Rekommunalisierung von Müll, Wasser, Abwasser, Gas, Strom, soweit möglich über zweckgebundenen Verkauf oder Tausch der RWE-Aktien.

- Dezernate, Ämter zusammenlegen und Personaleinsparung von oben nach unten!

- Strenge Prüfung aller öffentlichen Investitionen (insbes. Um - und Neubauten) in Bezug auf die in Nachbarstädten vorhandenen oder geplanten Kapazitäten.

2. Standortentwicklung

Mülheim an der Ruhr soll ein starker Standort für kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) bleiben. Doch auch die Unternehmen in unserer Region befinden sich im Wettbewerb – nicht nur um Absatzmärkte, sondern beispielsweise auch um qualifizierte Fachkräfte, Ideen oder Innovationen. Die Wettbewerbsfähigkeit ist maßgeblich abhängig von den richtigen politischen Rahmenbedingungen. Erfolgsfaktor unseres Standorts ist insbesondere ein breit aufgestellter Mittelstand. Mit neuen Produkten und innovativen Ideen begegnet dieser den Megatrends der Zukunft - wie demografischem Wandel, Globalisierung oder Digitalisierung.

Was tun Sie konkret in Ihrer Stadt, um kleine und mittelständische Unternehmen zu fördern?

MBI: Dafür werben und selbst dort kaufen, soweit möglich und sinnvoll. Wenn die Stadt hohe bürokratische Auflagen macht oder überhöhte Gebühren u.ä. wie bei der Außengastronomie Innenstadt kassieren will, versuchen wir zu vermitteln oder Änderungen herbeizuführen wie u.a. bei der verlangten Pacht für den Wochenmarkt.

3. Gewerbeflächen

Ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen ist für die wirtschaftliche Entwicklung unverzichtbar; sei es für Erweiterungen bestehender Betriebe, sei es für Neuansiedlungen.

Wo sehen Sie Potenziale für die Ausweisung neuer Gewerbeflächen?

MBI: Keine Ausweisung neuer Gewerbeflächen auf jungfräulichem Gelände! Die vielen Leerstände und untergenutzten Gewerbeflächen im Hafen, auf dem SMH-Gelände oder an der Zeppelinstraße müssen vorrangig wieder vermarktet werden. Auf dem beschlossenen Gewerbegebiet des B-Plans H 17 am Flughafenrand muss endlich die Vermarktung beginnen, und zwar unabhängig von der endgültigen Schließung des Flughafens. Die aktive Bewerbung für die Klima-Expo auf dem Flughafengelände muss Priorität erhalten.

4. Industrie

Im Rahmen der Entwicklung eines Leitbilds für Mülheim an der Ruhr wurde ein spezieller Fokus auf die Unterstützung des Industriestandorts gelegt.

Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht dringend umzusetzen und wie kann dies gelingen?

MBI: Verstärkte Konzentration auf zukunftsgerichtete Industrie, insbesondere im Bereich der Energiewende, was durch die Pläne des Max-Planck-Instituts, die Schwerpunkte der HRW und die Klima-Expo auf dem Flughafengelände zu einer Erfolgsstory werden könnte, wenn die Projekte vernetzt werden!

5. Verkehr

Die Infrastruktur stellt die Lebensader der Wirtschaft dar. Gleichzeitig ist gerade der Wirtschaftsverkehr durch lokale Maßnahmen wie LKW-Verbote oder Durchfahrtsbeschränkungen aufgrund der Umweltzonen betroffen.

Welche Verkehrsprojekte in Essen stehen aus Ihrer Sicht in den nächsten Jahren an oberster Stelle?

Der Öffentliche Personennahverkehr ist ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort. Er dient Mitarbeitern auf dem Weg zu Arbeit und Kunden für ihre Einkäufe.

Wie wollen Sie den ÖPNV in Mülheim weiterentwickeln?

MBI: Die Verkehrsführung Innenstadt ist durch Ruhrbania-Baulos 1 (u.a. Herausnahme der Ruhrstr. aus dem Netz) und Baulos 2 (kontraproduktiver Umbau des Brückenkopfes mit Abriss der Overflies und Umbau in eine Riesen-Doppelampelkreuzung) für Abermillionen noch unübersichtlicher geworden. Baulos 3 würde u.a. durch Abriss auch noch der Hochstr. Tourainer Ring eine weitere Verschlechterung bedeuten. Die MBI fordern seit vielen Jahren immer und immer wieder, darauf auch zur Erholung der angeschlagenen Innenstadt zu verzichten, unabhängig von der Frage der bereits zum 2. Mal auf Eis gelegten Fördermillionen. Die gesamte missratene Verkehrsführung muss überdacht und neu geordnet werden, wobei die MBI die Öffnung der Leineweberstr. in beide Richtungen nicht mittragen werden, weil Innen- und Altstadt endgültig voneinander abgeschnitten würden. Dringend erforderlich ist auch ein anderes Parkkonzept, wobei der Stadthallenparkplatz wieder kostenfrei werden muss (auch für die VHS) und wie in Oberhausen eine Parkscheibenregelung für die verwaiste Innenstadt eingeführt und Anwohnerparken in der Altstadt ermöglicht werden muss.

Die MBI fordern zudem eine deutliche Attraktivierung des öffentlichen Nahverkehrs durch Verbesserung des Angebots bei Bus und Bahn. Die MBI lehnen die Stilllegung von Straßenbahnlinien oder deren Endästen ab, ebenso das Abkappen von Endästen der Buslinien 151 und 132. Ein sinnvoller und finanzierbarer ÖPNV-Ausbau kann aber nur städteübergreifend gelingen, wofür die Teilgesellschaften fusioniert werden müssen. Die MBI setzen sich ferner für eine stärkere Berücksichtigung der sog. „schwächeren“ Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger und Radfahrer ein, u.a. für eine durchgängige West-Ost-Innenstadt Radwegeverbindung, u.v.m.

6. Berufliche Bildung

Die Anforderungen der Wirtschaft an die Beschäftigten werden immer komplexer und eine qualifizierte Berufsausbildung dadurch immer wichtiger. Allerdings können nicht alle Bewerber die benötigten Anforderungen erfüllen. Neben sozialen bestehen immer häufiger auch fachliche Defizite. Dabei ist qualifizierter Nachwuchs für die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen unbedingt notwendig. Ebenfalls ist zu beobachten, dass viel zu wenige Jugendliche mit Migrationshintergrund nach der Schule einen Ausbildungsplatz finden. Gerade in der MEO-Region bedeutet dies, dass viel Potenzial ungenutzt bleibt.

Welchen Schwerpunkt bei der Investition in Bildung werden Sie setzen?

MBI: Ein Ausbau der Früherkennungsmaßnahmen von körperlichen, geistigen und sozialen Defiziten als auch von Hochbegabung bereits im Kindergarten besitzt höchste Priorität und erfordert eine systematische Umsetzung von Fördermaßnahmen, für die kleinere Gruppen und Klassen sowie die verbesserte Ausstattung mit geschultem Personal und Räumlichkeiten Voraussetzung sind. Genauso verhält es sich mit der Inklusion, die ohne bessere Ausstattung durch das Land nicht funktionieren wird. Die MBI lehnen jede Schließung von Förderschulen ab, bevor dies nicht gewährleistet ist.

Die MBI treten dafür ein, Langzeitarbeitslosen verstärkt „sinnvolle“ Umschulungs- bzw. Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten, um somit die Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz zu vergrößern.

Die Hochschule Ruhr-West ist ein großer Gewinn für die Stadt, den es zu fördern und auszubauen gilt. Die Zusammenarbeit mit Schulen und Betrieben funktioniert bereits vorbildlich. Die neu eingeführte Zweitwohnungssteuer, die vornehmlich zukünftige Studenten trifft, ist allerdings ein völlig falsches Signal, zudem auch noch wenig ertragreich. Es ist auch bedauerlich, dass der MBI-Vorschlag für eine Weiterentwicklung der Hochschule von dem heute nur suboptimalen Gelände neben der Feuerwehr zukünftig in Richtung Speldorf auf das untergenutzte Gelände des Speldorfer Bahnhof von der Stadt nicht angegangen wurde, weil die Beseitigung der störenden Unterführung anscheinend zu viel Arbeit bedeutet hätte.

7. Stadt- und Handelsentwicklung

Die Mülheimer Innenstadt durchläuft eine sehr schwierige Entwicklung, eine Besserung ist derzeit nicht in Sicht. Insbesondere die Trading-down-Effekte haben in den letzten Jahren zugenommen.

Wie werden Sie das Problem der Innenstadt-Entwicklung und des Kaufhof-Leerstandes lösen?

MBI: Mülheim hat bereits viel Leerstand bei Gewerbeflächen, Büroräumen und zunehmend Wohnungen. Die verheerend falsche Politik mit dem Discounter-Wildwuchs außerhalb von Innenstadt und Stadtteilzentren, die jahrelange Bevorzugung des Rhein-Ruhr-Zentrums und das neue große Einkaufszentrum Heifeskamp haben die Innenstadt bereits ins Hintertreffen gebracht und ausbluten lassen. Das „Leuchtturmprojekt“ Ruhrbania war kontraproduktiv und hat der Innenstadt nicht zuletzt durch jahrelange Großbaustellen zusätzlich schwer geschadet. Auch dem Kaufhof gab genau das den Rest Die desolote Situation kann und wird sich durch keine Kraftakte der Stadt, z.B. erneute Ämterrochade zur Kaufhofrettung, verbessern, selbst wenn die Stadt noch Geld hätte. Eine Wiederbelebung wird nur behutsam und mit einem besseren Konzept gelingen. Die Stadt selbst muss versuchen, die verunglückte Verkehrsführung zu entschärfen, soweit noch möglich, und nicht durch Ruhrbania Baulos 3 (s.o.) noch zu verschlechtern, ein attraktiveres Parkkonzept u.a. mit Parkscheibe einführen, weitere Störungen durch größere Baustellen, durch aufgesetzten Streit mit Auflagen, überhöhten Gebühren u.ä. wie gegenüber dem Wochenmarkt oder der Außengastronomie auf absehbare Zeit vermeiden, damit die Innenstadt sich langsam wieder regenerieren kann. Die Aufenthaltsqualität ist durch die teuren Kübelbäume kaum verbessert worden, die Einheit von Innen- und Altstadt ist verbesserungswürdig, u.a. durch eine bessere Nutzung des jetzigen Parkplatzes Bachstr. In der sehr schwierigen Situation muss die Kooperation aller Beteiligten intensiviert werden, um die Stärken unserer Innenstadt wie den hohen Anteil an Wohnbevölkerung wieder mehr zu nutzen. Viele kleine Dinge können z.B. ohne größere Finanzmittel verbessert werden von den ärgerlichen Ampelschaltungen angefangen bis hin zu besserer Toilettenversorgung. Stärkung der Stadtteilzentren, auch durch Verbesserung von Infrastruktur, z.B. dazu auch verbesserte Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, etwa vom Speldorfer Süden zum Speldorfer Zentrum. Erhalt von vorhandener Struktur mit kleineren Geschäften im fußläufigen Wohnbereich und Schutz bzw. Förderung von fußläufigen Einkaufs-, Freizeit- und Naherholungsmöglichkeiten in allen Stadtteilen.

8. Demografischer Wandel

Mülheim an der Ruhr wird älter, bunter und weniger. Dies ist keine unsichere Behauptung, sondern eine durch Statistik belegte Tatsache. So wird die Bevölkerungszahl der MEO-Region nach Daten des LDS bis 2030 um rund fünf Prozent schrumpfen. Der demografische Wandel wird eines der großen Themen der kommenden Jahrzehnte werden. Auch wenn viele dieser Entwicklungen noch weit weg scheinen, müssen bereits heute die Weichen für die Zukunft gestellt werden.

Wie wollen Sie die demografische Entwicklung als Chance für Mülheim an der Ruhr nutzen?

MBI: Mülheim hat den größten Seniorenanteil aller NRW-Städte und Mülheim schrumpft wie andere Ruhrgebietsstädte auch. Ein systematischer Umbau vieler Wohnungen, barrierefrei und altersgerecht, muss gefördert werden, vor allem durch Wohnungsbaugesellschaften wie SWB und MWB. Doch auch die Innenstadt und viele Stadtteilzentren sind wenig seniorengerecht. Auch der ÖPNV muss der geänderten Altersstruktur angepasst werden, d.h. nicht nur durch Umbau der Haltestellen, sondern auch durch ein verbessertes Angebot, das auch ältere Menschen ohne Auto in die Lage versetzt, weiter am Leben teilnehmen zu können, ohne immer ein Taxi in Anspruch nehmen zu müssen. Auch in der Innenstadt und den Stadtteilzentren müssen noch viele Stellen altersgerecht umgestaltet werden, ebenso muss das Angebot an Toiletten auch für Behinderte und alte Menschen deutlich verbessert werden.

Selbsthilfegruppen von Senior/innen wie in Saarn, Dümpten oder Broich müssen gefördert werden. Mehr Treffpunkte für ältere Menschen müssen entstehen, um der bedenklichen Vereinsamung vieler älterer Mitbürger entgegen zu wirken. Doch auch die Fähigkeiten und das Wissen der Senior/innen könnte man noch viel mehr nutzen. Hier sind einige gute Ansätze der CBE auszubauen.

9. Vision

Bei welchen drei Themen besteht aus Ihrer Sicht in der neuen Legislaturperiode der größte Handlungsbedarf? Beschreiben Sie bitte kurz, wie Ihre Stadt in der Zukunft aussehen sollte und was Sie zur Realisierung beitragen wollen.

MBI: Oberstes Ziel muss es sein, den völlig zerrütteten Haushalt zumindest mittelfristig wieder in den Griff zu bekommen Existenziell wichtig ist auch dafür endlich eine Abwendung vom Kirchturmdenken und Zuwendung zu gemeinschaftlichen Kooperationen bis hin zu Fusionen von Teilbereichen wie dem ÖPNV mit Nachbarstädten in Richtung einer Metropole „Ruhrstadt“. Die Marschrichtung der kommenden Jahre kann unabhängig davon aber nur lauten, auf den Boden der Realität zurückzukehren und Luftschlösser wie Ruhrbania, Hotelwünsche usw. ad acta zu legen. Dafür muss die Bestandssicherung, soweit im Einzelnen auf Dauer möglich, als oberste Priorität und einzig wirkliche Handlungsoption anerkannt werden. Voraussetzung für die Bewältigung der schwierigen Aufgaben in einer schrumpfenden, bankrotten Stadt mit hohem Seniorenanteil

sind mehr Transparenz und eine andere, bessere Einbeziehung der Bürger. Der Mölmsche Klüngel muss dafür entflochten werden und die Betroffenen müssen frühzeitiger informiert und beteiligt werden. Ein mittelfristig zu erreichendes Ziel ist auch die Re - Kommunalisierung der Ver - und Entsorgungsbetriebe, insbesondere des RWW und der medl, wenn möglich im Verbund mit Nachbarstädten und nach Möglichkeit durch Verkauf oder Tausch von RWE-Aktien gegen RWE-Anteile.

<http://www.essen.ihk24.de>

DOKUMENT-NR. 19746

Für die Richtigkeit der in dieser Website enthaltenen Angaben können wir trotz sorgfältiger Prüfung keine Gewähr übernehmen. Bei den angelinkten externen Seiten handelt es sich ausschließlich um fremde Inhalte, für die wir keine Haftung übernehmen und deren Inhalt wir uns nicht zu eigen machen.